

MARCEL FRATZSCHER

Deindustrialisierung ist nicht der Niedergang von Deutschlands Wirtschaft

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutschland diskutiert die Deindustrialisierung noch immer so, als ließe sie sich mit genug politischem Willen aufhalten. Das ist der falsche Ansatz. Die wirtschaftliche Transformation ist längst Realität. Vor 70 Jahren machte die Industrie noch mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung aus, heute sind es rund 20 Prozent. In 20 Jahren könnte ihr Anteil deutlich unter zehn Prozent liegen. Dieser Trend ist kein deutsches Versagen – er ist ein struktureller Prozess, den alle hochentwickelten Volkswirtschaften durchlaufen. Entscheidend ist deshalb nicht, ob dieser Wandel kommt, sondern ob Deutschland ihn gestaltet oder ob dauerhaft gute Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand verloren gehen.

Deutschland kann und sollte nicht versuchen, seine bestehende Industriestruktur eins zu eins zu konservieren. Viele klassische Branchen stehen unter Druck: hohe Energiekosten, technologischer Wandel, Konkurrenz aus China, Dekarbonisierung. Manche Unternehmen werden schrumpfen, manche verschwinden. Das ist schmerzhaft, aber auch Teil dessen, was der Nobelpreisträger Philippe Aghion als kreative Zerstörung beschreibt: Nur wenn Altes weicht, kann Neues entstehen. Wirtschaftspolitik darf diesen Prozess nicht blockieren, sondern muss ihn sozial abfedern und helfen, ihn produktiv zu machen.

Doch genauso klar ist die Gegenseite: Die Industrie bleibt für Deutschland enorm wichtig. Sie ist ökonomischer Kern vieler regionaler Wertschöpfungsketten, schafft hohe Produktivität, starke Exportfähigkeit und gut bezahlte Arbeit. Sie erzeugt positive Synergien für den Rest der Wirtschaft: von Forschung über IT bis zu Logistik und Finanzierung. Wer die Industrie verliert, verliert oft auch hochwertige Dienstleistungen. Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie, aber eine, die klimaneutraler, digitaler, wissensintensiver und stärker mit Dienstleistungen verzahnt ist.

Eine neue Industrie könnte in Bereichen stark sein, in denen technologisches Können und Qualität zählen: grüne Chemie, Batterietechnik, Medizintechnik, Robotik, industrielle KI, Kreislaufwirtschaft und klimaneutrale Mobilität. Ein neuer Dienstleistungssektor könnte in Software, Cybersicherheit, Gesundheitswirtschaft, Bildung und wissensintensiven Unternehmensdiensten wachsen. Bereiche, in denen Deutschland in Teilen schon heute konkurrenzfähig ist. Für Dienstleistungen spricht ihre geringere Energieintensität und Skalierbarkeit, für die Industrie ihre Innovationskraft und regionale Verankerung. Beide Wege haben Grenzen: Deutschland ist bisher oft zu langsam, zu bürokratisch und zu risikoscheu, um neues Wachstum zu ermöglichen.

Die wirtschaftspolitische Antwort muss deshalb nüchtern ausfallen. Die Politik wird die Industrie nicht im alten Sinne retten. Aber sie kann entscheiden, ob Deutschland ein attraktiver Standort für neue Wertschöpfung wird. Das erfordert eine Doppelstrategie: die wettbewerbsfähigen Teile der Industrie modernisieren und zugleich den Aufstieg produktiver Dienstleistungen massiv beschleunigen helfen.

Dafür braucht es drei Prioritäten: deutlich mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Forschung; mehr Dynamik durch weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungsverfahren und bessere Finanzierung für Gründer*innen sowie eine viel stärkere europäische Perspektive. Im Wettbewerb mit den USA und China wird Deutschland nicht allein bestehen. Es braucht gemeinsame europäische Investitionen und eine koordinierte Innovations- und Industriepolitik.

Deindustrialisierung ist nicht automatisch Niedergang. Niedergang entsteht erst, wenn ein Land an überholten Strukturen festhält und neue Chancen verpasst. Deutschland hat die Fähigkeiten, die Unternehmen und die Menschen, um aus dem Wandel etwas Besseres zu machen.

Der Beitrag ist am 26. September 2026 in der Neuen Osnabrücker Zeitung erschienen.

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-42-3

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 14. Oktober 2026

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Daniel Graeber

Redaktion
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony;
Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787